



22. Informationsblatt der KPF Brandenburg

März 2016

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

mit dem 22. Informationsblatt des Landeskoordinierungsrates der KPF Brandenburg stellen wir Euch einen von unserem Genossen Reinhard Loeff verfassten Text vor, den wir als Offenen Brief an Leiterinnen und Leiter von Schulen, Kitas und Clubs übergeben wollen. So werden wir darauf hin wirken, dass die zunehmenden Versuche der Bundeswehr, Kinder und Jugendliche für den Dienst in einer Aggressionsarmee zu gewinnen, verhindert oder eingeschränkt werden.

In einem weiteren Beitrag berichtet unser Genosse Alexander Frehse unter der Überschrift " POGIDA oder der missglückte Versuch der Brandenburgischen Rechten in Potsdam Fuß zu fassen" über die Erfolge und Schwierigkeiten des Kampfes gegen Rassismus und Neofaschismus in der Region.

Von Notwendigkeit und Realität des gelebten Internationalismus in der Partei DIE LINKE und von Ansätzen erfolgreichen internationalen Zusammenarbeitens linker Kräfte über Landesgrenzen hinaus handelt der Beitrag unseres Genossen Hans-Peter Schömmel.

Wir wünschen Vergnügen und neue Erkenntnisse bei der Lektüre und sind wie immer an Reaktionen und Meinungsäußerungen zu unseren Veröffentlichungen interessiert.

Mit solidarischen Grüßen

Bodo Hinkel
Sprecher

Unerwünschter Besuch in Kitas, Schulen und Clubs?

Was kann getan werden, um ihn nicht reinzulassen?

Was hat die Bundeswehr in Kindereinrichtungen zu suchen?

Sehr geehrte Leiterinnen und Leiter von Kitas, Schulen und Clubs!
Liebe Vertreter*Innen der Erzieher*Innen, Lehrer*Innen, Eltern, Schüler*Innen und Jugendlichen in Schulen und Clubs!

Mit diesem Schreiben wollen wir Sie und euch darüber informieren, dass es in letzter Zeit immer häufiger zu Besuchen der Bundeswehr in Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen (hier nur kurz Clubs genannt) kommt, bei denen die Bundeswehr um Nachwuchs für die Truppe wirbt.

Warum sie das tut, ist klar: Es fehlen immer noch Freiwillige, um Interessen Deutschlands in der Welt durchzusetzen. Diese benannte der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler im Jahr 2010 ja klar: Zugänge zu Märkten, Handelswegen, Rohstoffen und Infrastruktur für die deutsche Wirtschaft.

Das heißt, es werden noch verstärkt Freiwillige gesucht für die militärische Durchsetzung wirtschaftlicher und finanzieller Interessen der Besitzer*Innen und des Managements von Konzernen und Banken, zu denen die Kinder und Jugendlichen in Ihrer Einrichtung bestimmt nicht – bis auf vereinzelte Ausnahmen – gehören.

Auch die Außenwerbung an markanten Punkten des Umfeldes und das Auftreten auf Job-Messen, Berufsbildungsbörsen und in Berufsberatungen der Agentur für Arbeit werden verstärkt diesem Ziel untergeordnet.

In Zeiten der Aussetzung der Wehrpflicht und verstärkter Orientierung der Kinder und Jugendlichen zu gewinnbringenden späteren Tätigkeiten sowie wachsender sozialer Unsicherheit vor allem unter den Eltern setzt die Bundeswehr mehr und mehr auf die soziale Sicherheit, mit der sie wirbt.

Soziale Sicherheit anzubieten ist gut und schön.

Aber mit welchen unsauberen Mitteln, für wessen Gewinne und zu welchem Preis wird da ein Handwerk gepriesen, das zu Recht in der Gesellschaft umstritten ist? Ein deutscher Dichter sagte da zwischen den beiden Weltkriegen, was Soldaten für ihn sind. Wer das heute zitiert, kann in der heutigen deutschen militarisierten Gesellschaft auch Ärger bekommen.

Welche Aufgaben sollen die zur Bundeswehr Geworbenen dann später erfüllen, in wessen Interesse und mit welchen Mitteln?

Oft muss der Auftritt der Bundeswehr auf Weisung „von oben“ hingenommen werden, manchmal gibt es Protest.

Aber es gibt auch immer mehr Gegenwind gegen die oft unbeliebten Auftritte der Bundeswehr in den genannten Einrichtungen. Mal sind es die gewählten Vertreter*Innen der Lehrer*Innen oder Eltern, mal die Schülervertreter*Innen oder Club-Räte, die diesen Auftritten Steine in den Weg legen.

Diese Widerstände sind nicht nur nötig und richtig, sie sind auch legal und können sogar mit politischen, technischen und rechtlichen Argumenten unterstützt und / oder abgesichert werden.

Neben den weiter unten aufgeführten rechtlichen Argumenten, die leider bei der abweisenden Haltung gegen den friedensbewegten Widerstand nötig sind, sollen **zuerst die politischen, historischen, moralischen und ethischen Argumente** genannt werden, die leider in solchen Diskussionen oft zur Diffamierung der Friedensbewegten missbraucht werden.

- Fangen wir in den Anfangsjahren der Bundesrepublik an: **Die Gründungs-Dokumente der Bundeswehr verpflichten diese NATO-Armee zur Landes-Verteidigung an den Grenzen der Bundesrepublik!** Aber gegen wen soll diese Verteidigung heute erfolgen? Wer bedroht denn heute die Bundesrepublik? Weder unsere unmittelbaren Nachbarn, noch andere Staaten haben die Absicht und das Potential, den politisch und ökonomisch starken deutschen Staat militärisch zu bedrohen. Warum also junge Freiwillige überhaupt gegen freundliche Nachbarn in sinnlose Abenteuer schicken?
- Warum sollen junge Menschen, die von den Profiten des Managements der Banken und Konzerne gar nichts haben, eigentlich **für dieses Management und seine Interessen ihre junge Zukunft verheizen und große Risiken auf sich nehmen?**
- Für wen und was sollen sich Kinder und Jugendliche anwerben lassen? **Für einen den Profiten dienenden Patriotismus?** Das ging in den letzten 110 Jahren schon zwei Mal in den beiden Weltkriegen schief.
- In den „Auslandsmissionen“ der Bundeswehr, die mit den seit 1992 geltenden neuen Bundeswehraufgaben und der „Verteidigung der Menschenrechte“ begründet werden, tritt die Bundeswehr als **„Armee im Einsatz“** auf. Alt-Bundespräsident sagte 2010 zu den wahren Gründen, warum: **Zugänge zu Märkten, Handelswegen, Rohstoffen und**

Infrastruktur für die deutsche Wirtschaft. Diese Worte kosteten ihn dann das Amt.

- Dass die **Bundeswehr auch zur Abschottung vor sozialen Unruhen im Ausland eingesetzt** wurde und wird, beweist das Beispiel Somalia: Seit den 1990-er Jahren gab es dort große soziale Verwerfungen, die durch die seit über 35 Jahren geltenden EPA-Verträge – einer Art TTIP der 1970/80-er Jahre – der EU mit vielen afrikanischen Staaten erst hervorgerufen wurden. **Vor Somalias und Eritreas Küste z. B. raubten und rauben dadurch begünstigt europäische Konzerne immer noch ungestraft die Fischgründe aus. Jetzt sogar mit dem Schutz durch die Bundesmarine. An solchen Handlungen sollte kein Mensch freiwillig teilnehmen. Auch kein junger Mensch aus Deutschland.**
- 1998 beschloss der Bundestag mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der damaligen PDS den **Einsatz der Bundeswehr in Jugoslawien**. Damit sollte die Kosovo-Krise im Interesse der NATO und vor allem Deutschlands beendet werden. *Aufbauend auf der Lüge des damaligen Bundesverteidigungsministers Rudolf Scharping vom „Hufeisenplan der serbischen Armee“* wurden deutsche Soldatinnen und Soldaten in einen **völkerrechtswidrigen Krieg** nach Jugoslawien entsendet. Dabei wurde an einem Markttag 1999 auch die Gemeinde Varvarin durch die deutsche Luftwaffe bombardiert. Viele unbeteiligte Zivilisten bezahlten das mit dem Leben. Bisher wurde dieses deutsche Kriegsverbrechen nicht gerichtlich bestraft. – Soll das so in anderen Staaten weitergehen?
- Ein **Gedicht von Theodor Fontane aus dem Jahr 1859 – „Das Trauerspiel von Afghanistan“** mahnt in der letzten Strophe:
*„Die hören sollen, sie hören nicht mehr,
Vernichtet ist das ganze Heer,
Mit dreizehntausend der Zug begann,
Einer kam heim aus Afghanistan.“*
So lautet das Originalzitat – hätten es doch die Betroffenen VORHER gelesen! Über 50 Bundeswehrangehörige starben dort – warum?
- Andere Bundeswehrangehörige verhielten sich in Afghanistan auch rechtswidrig, spielten sogar mit Schädeln auf moslemischen Friedhöfen Fußball. Oder lieferten Afghanen zur Folter an US-Streitkräfte und US-Geheimdienste aus. **Und nicht zu vergessen: Das vom deutschen Oberst Klein im Jahr 2009 an US-Piloten befohlene Bombardement afghanischer Zivilisten im Raum Kunduz – bis heute ungestraft.**

- Es war und ist lange bekannt: Die Bundeswehr ist eine Truppe mit unguten Traditionen und Vorbildern. Skandale um Namen von Nazi-Größen und kaiserlichen Kriegstreibern für Kasernen und Luftwaffen-Geschwader sind noch im historischen Bewußtsein politisch wacher Menschen. Die Teilnahme von Bundeswehrangehörigen in Uniform an Nazi-Treffen führt diese unselige Reihe weiter. **Und zu dieser Armee, deren erste Generalsgeneration aus der Nazi-Wehrmacht kam und teilweise in Nürnberg 1946 verurteilt wurde, sollen schon wieder Freiwillige gehen?**
- Immer wieder gab und gibt es Berichte über **Verwicklungen von aktiven und ehemaligen Bundeswehr-Angehörigen in der Nazi-Szene**. Beispiele dafür waren u. a. die verbotene „Wehrsportgruppe Hoffmann“, der Neo-Nazi-Führer Ex-Leutnant Michael Kühnen – leider wird auch vieles vertuscht. Erinnert sei hier auch an die Vorfälle in *Schneeberg beim Gebirgsjägerbataillon, wo in Nazi-Manier vor laufender Kamera „als Belustigung mal Juden erschießen“* geübt wurde. Gelernt hat die Bundeswehr daraus nur, noch besser zu vertuschen. Kein gutes Beispiel für moralisch und politisch aufgeklärte Jugendliche, sondern eher Anlass zur grundsätzlichen politischen Auseinandersetzung um Frieden und Krieg und Faschismus.
- Die **Rolle der Bundeswehr bei der Rückendeckung für andere NATO-Truppen im Ausland** ist schon lange bekannt – und auch die **damit verbundenen Probleme**. Fehlende Abstimmungen und unstillbares Vormachtstreben der US-Politik und der US-Armee machen es für deutsche Teilnehmer*Innen solcher gefährlichen Einsätze nur noch schwerer. Daraus resultierende Gefahren werden dann gern in den Werbeveranstaltungen verschwiegen.
- Die **verschwiegenen Gefahren im Dienst für Bundeswehrangehörige** waren schon für rund 200 Soldat*Innen tödlich. Der **Skandal um den „Starfighter“** begann in den 1960-er Jahren und ging bis 1991: Bis 1991 waren 916 Starfighter bei der Bundeswehr im Einsatz, 300 gingen durch Unfälle verloren, davon 269 durch Abstürze. Einschließlich des letzten Unfalls im Jahr 1984 verunglückten 116 Piloten tödlich (108 Deutsche und acht US-Amerikaner). Das ist nur ein Beispiel von vielen.....
- **Unzuverlässige Technik bei der Bundeswehr** ist als heißes Thema mittlerweile in aller Munde. Sei es das anfällige Sturmgewehr G 36, der flugtechnisch in der Zuladung eingeschränkte Marine-Transport-Hubschrauber MH 90, die nur teilweise einsatzfähigen „Tornado“-Jets, der

nicht minenfeste Schützenpanzer „Fuchs“ und so weiter.... Und mit solchen Mitteln sollen Freiwillige die Interessen von Kapital und Banken durchsetzen? Damit keine Fragen aufkommen, sagen wir: **Wir lehnen nach unseren Erfahrungen Gewalt ab – ob mit oder ohne Waffen.**

- Schon lange werden in der kritischen Öffentlichkeit berechtigt Kritiken an der **fehlenden Transparenz über die Verwendung der Mittel bei der Bundeswehr** geäußert. Wir haben als steuerzahlende Menschen ein Recht darauf, zu wissen, wie die „Bürger*Innen in Uniform“ mit diesen Geldern so umgehen. Genau das wird auch der Werbung nicht gesagt. Warum also wird dort kostbare Unterrichtszeit verschwendet?
- Schon lange gibt es Kritik an **fehlender oder unzureichender oder schlechte Nachsorge durch die Bundeswehr nach Einsatzunfällen**. Ewig dauernde Anerkennungs- und Entschädigungsverfahren kommen noch dazu. Keine gute Perspektive für Jugendliche.....
- Zunehmend erregt auch die **Einbindung der Bundeswehr in polizeiliche Aufgaben im In- und Ausland** Unwillen. Im Grundgesetz sind Armee und Polizei aus den Erfahrungen zweier Kriege, aus der Nazizeit bei ihren Aufgaben und Befugnissen klar getrennt. Das muss auch so bleiben. Schon 2006 half die Bundeswehr in Potsdam der Polizei bei der Unterdrückung antifaschistischer Proteste gegen eine Nazi-Demo. 2007 fanden Proteste gegen den G-8-Gipfel in Heiligendamm statt und wurden mit Hilfe der Bundeswehr von der Polizei brutal behindert. Und das sollen jetzt Freiwillige weiter so tun?
- Die bereits mit Milliarden Steuergeldern erfolgte und weiter folgende Modernisierung und Aufrüstung der Truppe durch die „Verteidigungs“-Minister und besonders durch die jetzige Ministerin Ursula von der Leyen dient besonders einem Ziel: **Die BRD soll wieder zu einem auch militärisch bedeutsamen internationalen Machtfaktor und zur stellvertretenden Führungsmacht der NATO werden.**
- Eine weitere Frage steht seit mehreren Jahren von offizieller Seite kaum beantwortet im Raum: Was macht die Bundesmarine zurzeit im Rahmen der Einsätze der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX im Mittelmeer? **Zu den politischen Filmen, die klar die Abdrängungsrolle der Bundesmarine gegen Flüchtlinge zeigen, äußerten sich weder die Bundesmarine noch das zuständige Ministerium klarstellend. Warum nicht?**

Sollen jetzt verstärkt junge deutsche Freiwillige gegen Schutzsuchende eingesetzt werden?

Die bisher genannten Argumente und Fakten werfen die Frage auf, ob man als Verantwortliche/r solche meist einseitigen Werbeveranstaltungen mit gutem Gewissen zulassen kann. Es ist eigentlich nötig, den Widerstand gegen solche Werbe-Touren der Bundeswehr zu stärken. Zumindest aber soll man von Demokrat*Innen erwarten dürfen, dass friedlicher bunter lauter kreativer Protest gegen das Werben fürs Sterben nicht behindert oder wie so oft rechtswidrig unterbunden wird.

Und damit wären wir bei den rechtlichen Argumenten und Fakten, die oft erhalten müssen, wenn politische oder andere o. g. Sachstände beiseite gewischt werden. Friedensbewegte müssen sich da eben zu helfen wissen – wir helfen gern dabei.

- Ein rechtliches Argument ist das jeder Leiterin / jedem Leiter vom Gesetz übertragene **Hausrecht**, mit dem unerwünschten Personen oder Personengruppen und ihren Ausrüstungen der Zutritt und Zugang zum Objekt verwehrt werden kann. Dieses Hausrecht **kann auch mit Hilfe der Polizei durchgesetzt werden**.
- Natürlich können laut den Gesetzen die **gewählten Vertretungen** der Erzieher*Innen, der Lehrer*Innen, der Eltern, der Schüler*Innen und die Club-Räte dazu **Beschlüsse zur Ablehnung der Bundeswehr-Werbung** fassen. Das kann jede Vertretung für sich allein entscheiden, aber als wirksamer hat sich erwiesen, *gemeinsam solche Ablehnungen zu beschließen*. Dann ist auch die Leitung einer Kinder- und/oder Bildungseinrichtung besser abgesichert, um solche Besuche zu verhindern. Im Rahmen der Eigenständigkeit der Einrichtungen sind die Leiter*Innen berechtigt und in einigen Situationen auch daran gebunden, diese Beschlüsse durch Hausverbote und Platzverweise umzusetzen. Das ist konform mit Grundgesetz und Brandenburgischer Landesverfassung, in denen das friedliche Zusammenleben als Ziel und Gebot gilt.
- **Laut Brandenburgischem Schulgesetz muss** bei solchen politischen Veranstaltungen die **Ausgewogenheit sichergestellt** sein. Das bedeutet nicht nur im Interesse der Fairness auch, zur Bundeswehr-Werbung sind dann auch Vertreter*Innen von Organisationen einzuladen, die sich gegen Krieg und Aufrüstung engagieren. Das beinhaltet auch der „**Beutelsbacher Konsens**“ von 1976, den die Bundeszentrale für Politische Bildung

veröffentlicht hat.

(Siehe: <http://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens> und <http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/politische-bildung/193225/kontroversitaet>)

- **Friedensaktivist*Innen** findet man in der Partei **Die LINKE**, der Friedensbewegung (z. B. <https://www.dfg-vk.de/>), bei christlichen Friedensdiensten und Kirchen, aber auch in vielen örtlichen Friedensinitiativen und in den Gewerkschaften.
- Eltern in Brandenburg haben laut Brandenburgischem Schulgesetz das **Recht, mit schriftlicher Entschuldigung ihre Kinder von solchen meist in der Unterrichtszeit stattfindenden schulischen politischen Veranstaltungen zu befreien**. Dabei muss für die nicht an der Werbung teilnehmenden Kinder und Jugendlichen weiter fachlich geeignete Betreuung gesichert sein. Das wird allerdings bei der jetzigen Personallage schwierig.
- Auch die Frage, ob für solche umstrittenen Werbemaßnahmen der Bundeswehr **kostbare Unterrichtszeit** geopfert werden soll, ist im Interesse der Kinder und Jugendlichen und des Auftrages zur Friedenserziehung und Gewaltprävention nicht abzuweisen.
- Auch ist der **finanzielle und technische Aufwand solcher militärisch dominierten Veranstaltungen nicht gerechtfertigt**. Seit 2011 gibt die Bundeswehr für solche Werbung mit steigender Tendenz Steuergelder aus. 2013 waren das schon mehr als 20 Mio. Euro. Außerdem sind die Bodenbeläge auf **Schul- und KiTa-Höfen** meist **nicht geeignet, die Gewichte tonnenschwerer Militärfahrzeuge zu tragen**. Auch die Belastungen der Menschen mit Abgasen und Lärm dieser teuren Fahrzeuge sind nicht zumutbar.
- Als geltendes deutsches Recht hilft auch die **UNO-Kinderrechts-Konvention von 1989**, welche von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wurde. Im ersten Grundrecht ist **das unteilbare Recht des Kindes auf ein Leben im Frieden** verankert. Im siebenten Grundrecht ist außerdem dazu passend festgelegt: **das Recht auf eine Privatsphäre und eine gewaltfreie Erziehung im Sinne der Gleichberechtigung und des Friedens**. Das UNO-Kinderhilfswerk UNICEF fordert das von allen Staaten. Dazu siehe auch:

http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/_C3_9Cbereinkommen-_C3_BCber-die-Rechte-des-Kindes,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf

- Ebenfalls in der vorgenannten Konvention sind im Artikel 29, Absätze b) und d) als Aufgabe der Bildung und als Kindesrechte vorgegeben: **dem Kind Achtung vor den Menschenrechten** und Grundfreiheiten und den in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsätzen zu vermitteln und dem Kind ein **Recht des Kindes auf eine Erziehung zum Frieden, zur Toleranz und zur Freundschaft mit anderen Völkern** zu geben. Als schutzberechtigte Kinder zählen in Deutschland alle Menschen, die das Volljährigkeitsalter des vollendeten 18. Lebensjahres noch nicht erreicht haben.
- In langen Verhandlungen nach 1992 einigten sich die Teilnehmer-Staaten darauf, dass in jedem Staat, welcher die UNO-Kinderrechts-konvention unterzeichnete, gemäß dem Artikel 38 (Schutz bei bewaffneten Konflikten; Einziehung zu den Streitkräften) **die Werbung für militärische Berufe vor dem Erreichen der Volljährigkeit** oder vollen Geschäftsfähigkeit **zu unterlassen** ist. Das ist in Deutschland das 18. vollendete Lebensjahr.
- Die in den drei vorher genannten Punkten vorgegebenen Rechte des Kindes, Aufgaben der Staaten und Ziele der Bildung bedeuten auch, dass **Zuwiderhandlungen unrechtmäßig und ungesetzlich** sind. Das kann also auch bedeuten, dass solche ungesetzlichen Handlungen bestraft werden können. In Deutschland stehen dafür Schüler*Innen und Eltern gegenüber der Bundeswehr, aber auch gegenüber den Einrichtungen die Rechtswege offen, wenn die hier genannten Sachstände verletzt werden. Diese wurden auch schon von friedensorientierten Schüler*Innen und Eltern, aber auch von Vertretungen der Lehrer*Innen erfolgreich genutzt.

Es ist beim Auftrittswunsch der Bundeswehr einfach das Beste, sich vorher vorzubereiten. Dazu gehört auch, rechtzeitig Betroffene und Beteiligte zu informieren. Dann ist eine Vernetzung gegen das Werben fürs Sterben gut möglich und nötig.

Es ist unmöglich, dass ausgerechnet jungen Menschen, die in deutschen und besonders brandenburgischen Kitas, Schulen und Clubs für die Bundeswehr angeworben werden, mit ihrer Verpflichtungserklärung ein Teil des Rechts auf ein friedliches Leben verloren gehen soll. Zumal diese Verpflichtungen von Menschen unterhalb der Volljährigkeit unzulässig sind.

Übrigens: Oft hören wir dann: „.... die NVA hat doch auch geworben....“ – Ja, das ist so. Es kann ein politischer Fehler gewesen sein.

Aber: Die NVA war nie im Auslandseinsatz – selbst aufwendigste Forschungen nach der Wende brachten nichts zutage.

Und zum o. g. möglichen politischen Fehler bleibt zu sagen: Man muss ihn doch nicht ständig wiederholen.

Auch und gerade jetzt nicht – wir sollten diese Werbungen der Bundeswehr deshalb gemeinsam wirksam verhindern oder zumindest friedlich kreativ behindern.

Mit herzlichen Grüßen,

verbunden mit dem Wunsch nach gerechtem Frieden für alle Menschen,

der Landeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform
in der Partei Die LINKE. im Land Brandenburg

POGIDA oder der missglückte Versuch der Brandenburgischen Rechten in Potsdam Fuß zu fassen

Prolog Was ist POGIDA

„Potsdamer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ ist das Feigenblatt, hinter dem Rassisten, Faschisten und Ausländerfeinde ihre widerliche Hetze gegen Flüchtlinge und Asylsuchende, braunes Gedankengut und wirre Verschwörungstheorien unter dem Schutz der Versammlungsfreiheit auf die Straße zu bringen versuchen. Nachdem in der Vergangenheit alle Anläufe, rechte Strukturen in Potsdam zu etablieren, gescheitert sind, soll hier der publikumswirksame „Erfolg“ von PEGIDA in Sachsen kopiert werden. Dabei wird gezielt auf die zahlreiche Teilnahme regierungs- und/oder politikkritischer Bürger spekuliert.

Kapitel 1 Patrioten und besorgte Bürger

Die Anzahl der „besorgten Bürger“ und Patrioten aus Potsdam hielt sich von Anfang an in deutlichen Grenzen. 200 Teilnehmer für eine erste Veranstaltung dieser Art auf neuem Terrain hören sich eigentlich nicht schlecht an. Zieht man davon jedoch die zugereisten Protest-Touristen aus Berlin und dem Potsdamer Umland ab, bleibt kaum noch die Hälfte übrig. Konfrontiert mit den massiven Gegenprotesten der Potsdamer Zivilgesellschaft hat sich die Zahl von Mal zu Mal verringert. Keine unwesentliche Rolle spielt dabei der mehrfach vorbestrafte Ex-Knacki und Veranstalter Christian Müller, der mit der Zahnbürste im Gepäck auf seine nächste Inhaftierung wartet. Viel schwerwiegender dürfte jedoch der anhaltend massive Widerstand der Potsdamer Zivilgesellschaft sein, der den Demo-Touristen – Rechtsradikale und Rassisten aus dem näheren und weiteren Potsdamer Umland, Hooligans des Berliner FC und einschlägig bekannte Faschisten aus den benachbarten Bundesländern – den „Spaß“ an ihren allwöchentlichen Ausflügen nach Potsdam trübt. Da auch die mehrfach versprochene Unterstützung von mehreren Hundert „Patrioten“ aus Sachsen bisher ausgeblieben ist, haben immer weniger „besorgte Bürger“ Lust auf Gegenproteste. Zwei Monate nach Beginn des braunen Spuks ist der harte Kern der Unbelehrbaren auf knapp vierzig Teilnehmer geschrumpft.

Kapitel 2 „Potsdam bekennt Farbe“

Das ist der Name des Bündnisses aus Potsdamer Parteien, Vereinen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unter Vorsitz des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Potsdam. Mit Unterstützung der Dienststelle „Tolerantes und sicheres Potsdam“ im Rathaus werden von Anfang an die Protestaktionen gegen die sogenannten Mahnwachen vom Bündnis getragen. Dieses erhält vielfältige Unterstützung von lokalen Bürgerinitiativen, Künstlern und Musikern der Stadt, engagierten Bürgern, Antirassisten und Antifaschisten. Gemeinsam gestalten sie bunte, kreative und vor allem laute Proteste. Trotz wechselnder Veranstaltungsorte in verschiedenen Stadtteilen hält sich die Zahl konstant bei über eintausend Teilnehmern bei den angemeldeten Gegendemonstrationen. Auch das Bündnis wird von Antirassisten und Antifaschisten aus dem Potsdamer Umland unterstützt. Hinzu kommt eine nicht bezifferbare Anzahl von Gegendemonstranten aus den Reihen der linken alternativen Szene und der autonomen Antifa, die sich mit unkonventionellen Methoden an den Gegenprotesten beteiligen und maßgeblich an den erfolgreichen Blockaden beteiligt waren.

Kapitel 3 Die Polizei – wessen Freund und Helfer?

Am 11. Januar sah sich eine völlig überforderte Polizei mit einer Gegendemonstration von nicht erwartetem Ausmaß konfrontiert. Schlechte Einsatzkoordination der Polizei und mangelhafte Planung bei POGIDA führte zu einer Zuspitzung der Situation, in der die Einsatzkräfte die Kontrolle verloren. Spontanen Blockadeversuchen wurde mit unangemessener Polizeigewalt begegnet, eine Sitzblockade wurde rechtswidrig ohne Ansprache sofort durch massiven Einsatz von Pfefferspray aufgelöst. Diese Eskalation, von den mit der Situation völlig überforderten Polizisten zu verantworten, führte zu Ausschreitungen jenseits der angemeldeten Gegendemonstrationen. Für die darauf wöchentlich stattfindenden Veranstaltungen wurden die Brandenburger Sicherheitskräfte mit Hundertschaften aus anderen Bundesländern auf rund tausend Mann verstärkt. Auch wurde schweres Gerät, Hubschrauber, Wasserwerfer und gepanzerte Räumfahrzeuge, angefordert. Die "Sicherheitsmaßnahmen" der Polizei wendeten sich im Folgenden vorwiegend gegen die angemeldeten Gegendemonstrationen. So wurden unter anderem:

- Demonstrationsorte eigenmächtig verlegt

- genehmigte Plätze mit Hamburger-Gittern für die angemeldeten Teilnehmer zu klein eingegittert
- die Sicht auf die POGIDA-Demo mit Einsatzfahrzeugen verstellt
- der Zugang zu den genehmigten Demonstrationen erschwert oder gar verhindert
- angemeldete Fahrzeuge nicht zu den Demonstrationorten gelassen
- Zugang zur Gegendemonstration nur mit Taschen- und Körperkontrolle (einmalig)
- willkürliche Durchgangssperren für Einzelne auf Grund des Aussehens nach den Demos

Die Auflistung der rechtswidrigen Kriminalisierung der Gegendemonstrationen im Vorfeld und der grundgesetzwidrigen Einschränkungen der Demonstrationfreiheit durch die Polizei soll hier enden, wenngleich sie noch nicht Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Auf der anderen Seite werden Woche für Woche schon Stunden vorher ganze Stadtteile in einen Ausnahmezustand versetzt, nahezu der komplette ÖPNV (in Abhängigkeit vom Ort) lahmgelegt, nur damit nicht einmal hundert POGIDAisten ihren Abendspaziergang durchführen können (zum Vergleich: der DGB muss für den 1. Mai glaubhaft mindestens 500 Teilnehmer anmelden, damit der Demonstrationzug auf die Straße darf). Ebenso werden eindeutige und mehrfache Verstöße gegen Versammlungsauflagen, die den sofortigen Abbruch zur Folge haben müssten, mit dem blinden rechten Auge übersehen und nicht geahndet. Anzeigen wegen Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole oder Volksverhetzung auf den gehaltenen Reden werden ausschließlich von Journalisten oder Gegendemonstranten erstattet. Die Polizei, in unmittelbarer Nähe des Geschehens, macht einen auf "die drei Affen".

Kapitel 4 Die Presse

Die lokale Presse, immer auf der Suche nach einem reißerischen Aufmacher, stürzte sich mit großem Enthusiasmus auf die Ereignisse am 11. Januar 2016 rund um den Bassinplatz. Das Hauptaugenmerk der Journaille lag dabei auf den "gewaltbereiten linksextremistischen Randalierern". Geschönte Zahlen und die Nichterwähnung der Potsdamer Zivilgesellschaft ließen vermuten, dass hier eine positive Berichterstattung für POGIDA stattfinden sollte. Sehr viel besser wurden

die Artikel nach den folgenden Demonstrationen auch nicht. Immer noch geschönte Zahlen, viel mehr bei POGIDA und deutlich zu wenig bei den Gegenprotesten, und teilweise Schuldzuweisungen an die Gegendemonstranten ob der massiven Eingriffe in den Potsdamer Straßen- und Personennahverkehr erhärteten diesen Anfangsverdacht. Erst nachdem mehr als deutlich abzusehen war, dass das Bündnis "Potsdam bekennt Farbe" in dieser Auseinandersetzung den längeren Atem hat und die POGIDAisten zu einem unbedeutenden Häufchen Unverbesserlicher geschrumpft sind, hat sich der Tenor der Berichterstattung gewandelt. Endlich gibt es nachvollziehbare Teilnehmerzahlen, die Potsdamer Zivilgesellschaft wird - wenn auch noch nicht in der gebührenden Form - erwähnt und dem Bündnis wird erfolgreicher Einsatz bescheinigt. Hauptaufmacher sind jetzt kreative Protestaktionen (lärmende Alukoffer auf angeschlossenen Fahrrädern) oder Kommunalpolitiker, die die stundenlangen Verkehrssperrungen für unverhältnismäßig halten und deren Ende fordern. Bleibt zu hoffen, dass in der weiteren Entwicklung die Berichterstattung hin zu den erfolgreichen Protesten der breiten Potsdamer Zivilgesellschaft gegen ewig gestrige Rassisten, Ausländerfeinde und Faschisten geht.

Epilog Ein Blick in die Glaskugel

"Potsdam bekennt Farbe" ist nicht nur eine leere Worthülse. Die Landeshauptstadt bleibt bunt, tolerant und weltoffen. Auch in Zukunft wird es hier unwidersprochen kein öffentliches Podium für rechte, nationalistische, rassistische und faschistische Ideologien oder Verschwörungstheorien geben. Die Einsatzleitung der Polizei wird sich zukünftig an Absprachen halten und die Kriminalisierung der Gegenproteste einstellen, den wahren Gegner der freiheitlich demokratischen Grundordnung erkennen und entsprechend behandeln. Auch die lokale Presse findet wieder zu journalistischen Qualitäten - Recherche und sachliche Berichterstattung vor reißerischen Aufmachern.

Kommunistische Plattform setzt Parteitagsbeschluss zur EL- Arbeit um.

Erinnern wir uns an die 3.Tagung des 4.Landesparteitag unseres Landesverbandes der Partei DIE LINKE 2014. Es war schon eindrucksvoll, als der Antrag unseres Gen. Hans-Peter Schömmel zur Unterstützung der Arbeit der „Europäischen Linkspartei“ (EL) einstimmig von den Delegierten angenommen wurde. Thomas Nord (Bundestagsabgeordneter) begründete den Antrag und war gleichzeitig mit anderen Genossen Unterstützer dieser europapolitischen Arbeit, auch aus eigener Erfahrung und Verantwortung in der Bundestagsfraktion. War doch die damalige PDS 2004 Gründungsmitglied dieser Partei, doch in der 2007 gegründeten LINKEN hörte man relativ wenig in den Kreisverbänden und Basisorganisationen über das Mitwirken in dieser Partei. Ein Glück, dass es das Internet gab, nur so konnte man sich informieren. Viele Genossen unseres Landesverbandes bemerkten die Partei aber nur am obligatorischen Beitrag von 0,50 € pro Monat oder zu den Europawahlen. Dabei müssen wir uns als LINKE in Brandenburg nicht schämen, denn es gab durchaus Aktivitäten einzelner Kreisverbände und Zusammenschlüsse, die den Gründungsauftrag der EL, eine länderübergreifende Zusammenarbeit unter den Linken in Europa zu gestalten, in der vielfältigsten Weise mit Leben erfüllten. Als Beispiel soll hier die Landes-AG „Netzwerk der EL“ genannt werden, die sich aus der Cottbuser AG „Polittourismus“ des Stadtverbandes 1997 entwickelte. Diese Genossen gründeten 2001, also 3 Jahre vor der Europäischen Linkspartei, das „Ständige Forum der Europäischen Linken - der Regionen“ (SFEL-R), das heute ein anerkanntes regionales Netzwerk der EL ist. Wie gesagt, ein Beispiel in unserem Landesverband . Darüber hinaus gab es einige Kreisverbände, die Kontakte zu befreundeten linken Parteien in benachbarten Ländern hatten.

Soweit die Geschichte.

In Umsetzung des Parteitagsbeschlusses unterzeichnete auch die KPF, ebenso wie unser

Landesvorstand, den überarbeiteten Rahmenvertrag des regionalen Netzwerkes SFEL-R. Das erweitert auch die politische Ausstrahlung der Kommunisten unseres Landesverbandes zu europapolitischen Themen. Solidarität und Internationalismus gehören zum Grundverständnis marxistischer Theorie und Praxis. Dies wird unsere politische Arbeit künftig noch intensiver und lebendiger machen. Gehören doch Foren zur Politik der Linken in Europa, gegenseitige Besuche und Diskussionen zum Bestandteil dieser Arbeit.

Monatlich gibt es Veranstaltungen dieses Netzwerkes, die auf der Internetseite unter

www.sfel-r.de

abrufbar sind. Der Koordinierungsrat der KPF- Brandenburg hat Genossen Schömmel, der sich über Jahrzehnte mit dieser politischen Arbeit beschäftigte, als Ansprechpartner für unsere Mitglieder eingesetzt.

Wer also Interesse hat, im Europacamp in der Zeit vom 05.05. bis 08-05.2016 mit slowakischen, tschechischen und möglicherweise auch französischen Genossen zusammen zu treffen, sollte sich melden. Auf der Internetseite ist ein Kontakt möglich. Entsprechende Anmeldeformulare sind dort ebenfalls vorhanden. Die Unterbringung erfolgt in diesem Jahr im Hotel, aber Campingfreunde können auch ihr Zelt aufschlagen.

Ein Schwerpunkt in den Diskussionsrunden wird die Migrationspolitik in der EU sein.

Besuche in Terezin und Gedenkstätten zum Tag der Befreiung gehören ebenfalls zu Programm.

Weitere Höhepunkte in diesem Jahr sind z.B. Besuche in Lidice , das Fest DER LINKEN und das Treffen linker Bürgermeister.

Der 5. Kongress der EL im Dezember dieses Jahres in Berlin wird sicher verstärkt Signale zur Mitwirkung der Parteibasis in der politischen Arbeit aussenden, was zwingend notwendig ist.

Hans-Peter Schömmel